



Dachverband
der Kritischen Aktionärinnen
und Aktionäre

RWE Aktiengesellschaft
Recht & Compliance Konzern
Opernplatz 1
45128 Essen

Telefax: 0201 – 12 16 640
E-Mail: HV2013.Antraege@rwe.com

Köln, 28.03.2013

Gegenanträge zur RWE-Hauptversammlung 2013

Zur Hauptversammlung der RWE AG am 18.04.2013 stellt der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre folgende Gegenanträge:

Gegenantrag zu Tagesordnungspunkt 2: Verwendung des Bilanzgewinns

Die von Vorstand und Aufsichtsrat der RWE AG vorgeschlagene Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahrs 2012 wird geändert.

Begründung

Die Ausschüttung einer Dividende von EUR 2,00 je dividendenberechtigter Stückaktie, die einem Gesamtbetrag von 1.229.490.998,00 Euro entspricht, erscheint angesichts gestrichener Investitionen für erneuerbare Energie als zu hoch. Die Dividende soll auf 1,50 Euro je Aktie gesenkt und der eingesparte Betrag für die vorgenannten Investitionen genutzt werden.

Während die Investitionen im Bereich der Renewables 2013 noch bei einer Milliarde Euro liegen, soll dieser Betrag in den zwei Folgejahren halbiert werden.

Da der RWE-Vorstandsvorsitzende Peter Terium einräumt, dass der gesamte Kraftwerkspark des Essener Stromkonzerns unter dem Ausbau der erneuerbaren Energien leidet, müsste die Alternative sein, diesen im Unternehmen bisher vernachlässigten Bereich auszubauen.

Gegenantrag zu Tagesordnungspunkt 3: Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, die Mitglieder des Vorstands nicht zu entlasten.

Begründung:

Der RWE-Konzern ist Schrittmacher des Klimawandels, blockiert die Energiewende, trägt zu Umweltzerstörung bei und missachtet demokratische Bürgerrechte.

1. Blockade der Energiewende

Neue RWE-Kohlekraftwerke und Kohleimporte aus Übersee blockieren die Energiewende. In Schwellen- und Entwicklungsländern hinterlässt der Kohleabbau immense Umweltschäden und führt zu Krankheiten bei den Menschen in den Abbaugebieten. Wenn es so weitergeht, heizt sich das Treibhaus Erde noch schneller auf und das Zwei-Grad-Ziel wird nicht erreicht – mit schwerwiegenden Folgen für die arme Bevölkerung im Süden, für Küstenbewohner und irgendwann für uns alle.

RWE produziert einen aus Klimaschutzsicht unverantwortlich hohen Anteil seines Stromes in Deutschland aus Kohle: 2012 gingen 72% der Stromerzeugung auf Braun- und Steinkohle als Primärenergieträger zurück, wobei Braunkohle (49% der Stromerzeugung) der fossile Energieträger mit dem höchsten CO₂-Ausstoß ist.

2. Kohleimporte aus Kolumbien, Russland und den USA

2012 wurden 23% des Stroms in Deutschland aus Steinkohle generiert. Die Mehrheit dieser Steinkohle wird importiert, vornehmlich aus Kolumbien, Russland und den USA.

In Kolumbien zerstören die Kohleminen Agrarflächen und schneiden die lokale Bevölkerung von ihren Lebensgrundlagen ab. Die Gemeinde El Hatillo z.B. ist von vier Steinkohletagebauen umgeben, die zu hoher Staubbelastung und damit verbundenen Gesundheitsproblemen führen. Es bleiben kaum noch landwirtschaftliche Nutzflächen übrig. Nur wenige Gemeindemitglieder fanden Arbeit im Bergbau. Anhaltende Trockenheit zu Beginn des Jahres spitzte die Situation zu und führte zu einer weiterhin ungelösten Nahrungsmittelkrise. Zudem wird das Bergbauunternehmen Drummond, ein RWE-Kohle-Zulieferer, immer wieder im Zusammenhang mit Morden an Gewerkschaftern genannt. Ein Drummond-Subunternehmer wurde im Januar 2013 zu 38 Jahren Haft verurteilt und belastete Drummond im Verfahren so schwer, dass das Gericht die Staatsanwaltschaft anwies, Ermittlungen gegen mehrere Führungskräfte von Drummond einzuleiten, obwohl Drummond die Vorwürfe zurückweist.

In Russland führt der Kohleabbau in der Hauptabbauregion Kemerovo im Kuzbass zu erheblicher Gesundheitsbelastung der lokalen Bevölkerung, zu der auch indigene Schoren und Teleuten gehören.

In den USA wird ein Teil der Kohle durch das Wegsprengen ganzer Bergspitzen (mountaintop removal) gewonnen, um die darunter liegenden Kohleschichten frei zu legen. Anschließend werden die übriggebliebene Erde und die Steine, die durch den Abbauprozess voll toxischer Stoffe sind, in Tälern verklappt. Schwermetalle wie Cadmium, Selen und Arsen vergiften die lokale Wasserversorgung. Das Recht auf sauberes Trinkwasser wird verletzt. Auch die Luft wird mit gefährlichen Partikeln verschmutzt, was in den Appalachen zu erhöhten Krebsraten führt.

Mit diesen Problemen konfrontiert führt RWE wettbewerbliche Gründe an, deretwegen keine Angaben gemacht werden könnten und verweist auf die zuständigen Handelsunternehmen. Diese legen jedoch keine Menschenrechts- oder Umweltstandards an. Darüber hinaus verweist RWE auf seine Initiative „Better Coal“ – eine freiwillige Initiative, die nach RWE-Angaben nur

**Neue Energie für die Wende!
Kritische Aktionäre.**

„ggf. Verbesserungen anstoßen“ kann. Dies scheint aber ein zu weiches Instrument für die schwerwiegenden Probleme zu sein.

3. Braunkohletagebau im Rheinischen Revier

Die BewohnerInnen des Rheinischen Braunkohlereviers sind großen Gesundheitsgefahren ausgesetzt. Braunkohle-Tagebau und die Braunkohlekraftwerke erhöhen die Feinstaub- und die radioaktive Belastung der Umgebung.

Ein weiteres Problem sind Gebäudeschäden. Wegen des im Braunkohleabbaugebiet sinkenden Grundwasserspiegels sackt die Erde ab und in vielen Häusern zeigen sich Risse. Ganze Gemeinden mussten den Braunkohlebaggern bereits weichen, Bürgerinnen und Bürger wurden oftmals gegen ihren Willen umgesiedelt. Mit der Ausweitung des Tagebaus Hambach sollen weitere Gemeinden verschwinden.

Der rücksichtslose Umgang mit den vielen Bürgerinnen und Bürgern der Region, die gegen den Braunkohletagebau in ihrer Heimat protestieren, stellt der RWE AG ein vernichtendes Zeugnis im Hinblick auf Achtung demokratischer Rechte aus. Demonstranten, die von ihrem Recht auf gewaltlosen Widerstand Gebrauch machen, werden kriminalisiert. Im November 2012 und im März 2013 räumte die Polizei auf Veranlassung der RWE AG Camps von Waldbesetzern im Hambacher Forst.

Das einst 4.500 Hektar große, einzigartige Waldgebiet ist vom Tagebau fast vollkommen zerstört worden. Die bisher durchgeführten Rekultivierungen haben den Verlust nicht kompensiert (siehe auch BUND, http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/braunkohle/braunkohle_und_umwelt/).

Erst im August 2012 hat RWE zwei neue Blöcke des Braunkohlekraftwerks Neurath in Betrieb genommen. Sie werden 17 Mio. Tonnen Kohlendioxid pro Jahr ausstoßen. Damit zählt Neurath zu den größten CO₂-Schleudern Europas. Insgesamt verstromt RWE jährlich 90 Mio. Tonnen Braunkohle.

Gegenantrag zu Tagesordnungspunkt 4: Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2012

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, die Mitglieder des Aufsichtsrats nicht zu entlasten.

Begründung:

Der Aufsichtsrat der RWE AG kommt seiner Aufgabe, die Arbeit des Vorstands zu kontrollieren, nicht nach.

Der Vorstandsvorsitzenden von RWE, Peter Terium, sagt im Geschäftsbericht 2012: „Wir unterstützen die Energiewende und arbeiten daran, dass sie gelingt.“ Zwischen dieser Absichtserklärung und den geplanten Investitionen des Konzerns in Technologien, die einen Beitrag zur Energiewende leisten, besteht ein Widerspruch (siehe Gegenantrag zu TOP 2).

Dem Aufsichtsrat von RWE hätte dieser Widerspruch auffallen müssen. Die Halbierung der Investitionen für erneuerbare Energien in den Jahren 2014 und 2015 ist ein schwerer strategischer Fehler der RWE AG. Der Konzern kommt immer weiter ab von den zu erreichenden Zielen der Energiewende.

Gegenantrag zu Tagesordnungspunkt 8: Nachwahlen zum Aufsichtsrat

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, Herrn Prof. Dr.-Ing. E. h. Hans-Peter Keitel nicht zum Mitglied des Aufsichtsrats zu wählen.

Begründung:

Herr Prof. Keitel ist bereits Mitglied in sieben Aufsichtsräten von Wirtschaftsunternehmen:

- Commerzbank Aktiengesellschaft
- Deutsche Messe Aktiengesellschaft
- EADS Deutschland GmbH
- Heitkamp & Thumann Group
- National-Bank Aktiengesellschaft
- ThyssenKrupp AG
- Voith GmbH

Die Kontrolle eines großen DAX-Unternehmens wie RWE erfordert von einem Aufsichtsratsmitglied volles Engagement. Ob Herr Prof. Keitel das notwendige Engagement aufzubringen in der Lage ist, erscheint aufgrund seiner zahlreichen anderen Mandate zweifelhaft.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommt 2009 in seinem Arbeitspapier über die „Auswirkungen von Mehrfachmandaten deutscher Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzender auf den Unternehmenserfolg“ zu folgendem Ergebnis:

„Mehrfachmandatsträger in Vorständen und Aufsichtsräten stehen seit langer Zeit in der öffentlichen Kritik. Anhand eines Paneldatensatzes für die größten deutschen Unternehmen im Zeitraum von 1996 bis 2006 wird der Einfluss von Mehrfachmandaten von Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden auf den Unternehmenserfolg untersucht. Die Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass zwischen der Anzahl der Aufsichtsratsmandate des Vorstandsvorsitzenden und dem Erfolg seines Unternehmens ein konkaver positiver Zusammenhang besteht: zu viele Mandate wirken offenbar kontraproduktiv. ...“ (Arbeitspapier 01/2009, Juli 2009).

Der Gegenanträge werden von der Menschenrechts- und Umweltorganisation Urgewald e.V., www.urgewald.org, unterstützt.

Köln, 28.03.2013

gez. Markus Dufner
Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

für die Wende!
sche Aktionäre.